



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Keine Nazi-Propaganda auf Kfz-Kennzeichen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/225

Mit Plenarbeschluss vom 12. Oktober 2017 hat der Landtag den Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Dieser hat ihn in zwei Sitzungen, abschließend am 11. März 2020, beraten.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung des SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 19/225.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende